

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Kerstin Andreae, Hans-Josef Fell, Winfried Hermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/9798 –**

Einheitliches Stromnetz schaffen – Unabhängige Netzgesellschaft gründen

A. Problem

Überführung der Stromübertragungsnetze in eine unabhängige nationale Netzgesellschaft.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/9798 abzulehnen.

Berlin, den 28. Januar 2009

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Edelgard Bulmahn
Vorsitzende

Dr. Joachim Pfeiffer
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Dr. Joachim Pfeiffer

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/9798** in seiner 200. Sitzung am 22. Januar 2009 beraten und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Die antragstellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht den Wettbewerb auf den Energiemärkten dadurch behindert, dass die Funktionen der Netze nicht wirksam von denen der Stromerzeugung bzw. Gasbeschaffung getrennt seien.

Der Deutsche Bundestag wird deshalb unter anderem aufgefordert,

- die Stromnetze der Energieversorgungsunternehmen E.ON AG, RWE AG, Vattenfall Europe AG und EnBW Energie Baden-Württemberg AG in eine unabhängige, nationale Netzgesellschaft zu überführen,
- die Netzgesellschaft mehrheitlich in öffentlichen Besitz unter Beteiligung des Staates und anderer Körperschaften zu überführen.

Hierdurch soll unter anderem erreicht werden, dass transparente und kosteneffiziente Zugangsbedingungen für alle Energieerzeuger sichergestellt und die Netzentgelte durch die Netzentgelttransparent gestaltet werden. Weiter soll so der einwandfreie Zustand und Ausbau des Netzes gewährleistet werden.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 16/9798 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 16/9798 in seiner 115. Sitzung am 28. Januar 2009 beraten

und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 16/9798 in seiner 91. Sitzung am 28. Januar 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 16/9798 in seiner 80. Sitzung am 28. Januar 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage auf Drucksache 16/9798 in seiner 80. Sitzung am 28. Januar 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag auf Drucksache 16/9798 in seiner 84. Sitzung am 28. Januar 2009 abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/9798 zu empfehlen.

Berlin, den 28. Januar 2009

Dr. Joachim Pfeiffer
Berichtersteller

